

7. Juni 2000

Donau-Universität soll „Bildungszentrum“ werden

LH Pröll: Schritt in Richtung Top-Bildungsstandort

Als wesentlichen Schritt zur weiteren Stärkung des Bildungsstandortes Niederösterreich und damit in Richtung europäische Top-Region bezeichnete Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll einen Beschluss der NÖ Landesregierung, mit dem gestern die Weichen zur Erweiterung der Donau-Universität in Krems gestellt wurden: Dem Landtag wurde eine Regierungsvorlage übermittelt, den Kosten-Gesamtrahmen für Aus- und Neubau in Höhe von 495 Millionen Schilling zur Kenntnis zu nehmen und zunächst die Kosten für den Ausbau der Reserveflächen, für die Planung und den Wettbewerb – zusammen 164 Millionen Schilling – zu genehmigen. Die Donau-Universität soll damit für den künftigen Bedarf gerüstet und zu einem „Bildungszentrum“, das auch anderen Weiterbildungseinrichtungen zur Verfügung steht, erweitert werden.

Die Donau-Universität registriert stark steigende Hörerzahlen: Von 618 Studenten im Jahr 1999 auf derzeit 1.200, und die Prognosen sprechen von 2.700 Studenten im Jahr 2005. Schon im kommenden Wintersemester wird mit den vorhandenen Räumlichkeiten das Auslangen nicht gefunden.

Zunächst sollen mit einem Kostenaufwand von 132 Millionen Schilling mehr als 4.600 Quadratmeter vorhandene Reserveflächen adaptiert werden. 30 Millionen werden für die Planung eines künftigen Gesamtprojektes bereitgestellt, das auf neun Grundstücksflächen errichtet werden soll. 1,7 Millionen Schilling wird ein Gutachterverfahren kosten, das im Wesentlichen einen Architekten-Wettbewerb umfasst.

Weitere 9.450 Quadratmeter sollen künftig im Rahmen eines Neubaus zur Verfügung gestellt werden und wichtige Einrichtungen wie eine Universitätsbibliothek mit großem Hörsaal und Mensa, einen Erweiterungsbau mit Zielrichtung Bildungszentrum mit Fachhochschule, ein Kesselhaus, Stellplätze für 200 Pkw und Infrastruktur samt Außenanlagen enthalten.

Für die Neubaumaßnahmen sind rund 12.600 Quadratmeter zusätzliche Grundstücksflächen notwendig, für die ein Vorkaufsrecht gesichert wurde. Für die restlichen Baumaßnahmen mit insgesamt 363 Millionen Schilling ist ein neuerlicher Landtagsbeschluss notwendig.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

NK Presseinformation